

Stellungnahme von Daniela Pieper

An das Bundesministerium für Gesundheit

Friedrichstrasse 108, 10117 Berlin

(und in Kopie an das zuständige Jobcenter)

Betreff: Ergänzung zu meiner Eingabe - seelische und wirtschaftliche Folgen einer gerichtlichen Verurteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hatte mich bereits schriftlich an Ihr Haus gewandt, weil ich unter gravierenden gesundheitlichen und psychischen Belastungen leide, die im Zusammenhang mit meiner aktuellen Lebenssituation stehen. Heute möchte ich Ihnen eine wichtige Ergänzung übermitteln:

Im Jahr 2023 wurde ich zu einer Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen verurteilt, weil ich im Internet eine Aussage tätigte, die sich auf historische Zusammenhänge und Finanzverbindungen im Zweiten Weltkrieg bezog. Ich wurde daraufhin mit einer Geldstrafe von ca. 900 Euro belegt - mit der Begründung, ich könne mir das "vom Bürgergeld aus leisten".

Diese Strafe, verbunden mit meiner bereits prekären Lage, hat mich psychisch und finanziell in eine Situation gedrängt, aus der ich keinen Ausweg mehr sah. Ich war gezwungen, in die Sexarbeit zu gehen - nicht aus freiem Willen, sondern aus wirtschaftlicher Not. Eine Ersatzfreiheitsstrafe hätte ich unter meiner damaligen psychischen Verfassung nicht überstanden.

Stellungnahme von Daniela Pieper

Ich halte es für menschenunwürdig, dass eine ohnehin vulnerable Person durch ein Gerichtsurteil so unter Druck gesetzt wird, dass sie sich zur Selbstverwertung in einem Bereich gezwungen sieht, der dauerhaft seelische Folgen hinterlassen kann.

Ich bitte darum, meine Stellungnahme zu dokumentieren und im Rahmen Ihrer Möglichkeiten - insbesondere im Hinblick auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Sanktionen und existenziellen Notlagen - ernst zu nehmen und ggf. an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Hinweis an das Jobcenter (in cc):

Ich fordere das Jobcenter hiermit ausdrücklich auf, von weiteren Einladungen zu Pflichtterminen sowie jeglichen Zwangsmaßnahmen Abstand zu nehmen. In Anbetracht der hier geschilderten Vorgeschichte - insbesondere des wirtschaftlichen Zwangs zur Sexarbeit und der damit verbundenen gesundheitlichen Belastung - sind weitere Eingriffe in meine persönliche Integrität unzumutbar.

Sollte dennoch erneut versucht werden, mich durch Sanktionen, Vorladungen oder andere Druckmittel zu verpflichten, behalte ich mir vor, den gesamten Fall öffentlich zu machen. Ich werde mich in diesem Fall an freie Medien, soziale Plattformen und zivilgesellschaftliche Stellen wenden, um aufzuzeigen, was mir durch die Kombination aus Justiz und Jobcenter-Struktur angetan wurde.

Diese Stellungnahme dient auch der Dokumentation.

Mit freundlichen Grüßen,

Stellungnahme von Daniela Pieper

Daniela Pieper

Calenberger Strasse 15

30974 Wennigsen

danielapieper1@googlemail.com